



Bekanntmachung der Ausschreibung des Forschungsinstituts für gesellschaftliche Weiterentwicklung

**Digitalisierung von Arbeit - Industrie 4.0, Integrierende Stadtentwicklung,
Neues ökonomisches Denken, Vorbeugende Sozialpolitik**

Teil 2

Spezieller Teil

d) Vorbeugende Sozialpolitik

Teilnahmeberechtigte: Hochschulen und Forschungseinrichtungen

1. Aufgaben und Ziele des FGW im Themenbereich „Vorbeugende Sozialpolitik“

Vorbeugende Politikansätze gewinnen im Bereich der Sozialpolitik in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Durch möglichst frühzeitige und wirkungsorientierte Investitionen in präventive Maßnahmen und Programme sowie eine bessere Abstimmung und Verknüpfung der bestehenden Angebote, so die Erwartung, sollen die individuellen Teilhabemöglichkeiten der Adressat_innen verbessert, die gesellschaftliche Chancengerechtigkeit erhöht und dadurch mittel- und langfristig auch die Sozialhaushalte entlastet werden. Zu den wichtigsten Anwendungsfeldern präventiv-investiver Sozialpolitik gehören die Bereiche Kinder, Jugend und Familie; Bildung und Ausbildung; Behinderung und Inklusion sowie Migration und Integration. Darüber hinaus spielen präventive Konzepte aber u.a. auch im Bereich der Gesundheits-, der Alten- und Pflegepolitik sowie der Arbeitsmarktpolitik eine wichtige Rolle. Vorbeugende Sozialpolitik als integrierter strategischer Ansatz umfasst somit nicht nur eine Vielzahl von Handlungsfeldern, sondern richtet sich der Intention nach auf den gesamten Lebenslauf „von der Wiege bis zur Pflege“.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen verfolgt in diesem Sinne seit 2010 eine ambitionierte sozialpolitische Programmatik, in deren Mittelpunkt der Präventionsgedanke steht. Neben dem Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, in dessen Rahmen Kommunen beim Aufbau integrierter kommunaler Präventionsketten unterstützt werden, sind in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl weiterer Programme, Maßnahmen und Projekte initiiert worden, die auf die vorbeugende Bekämpfung von Armut und Exklusion abzielen. Ende 2013 hat die Landesregierung in diesem Zusammenhang ein umfassendes, ressortübergreifendes „Handlungskonzept gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ vorgelegt, in dem ein Großteil der Maßnahmen gebündelt ist.

Ziel des FGW im Themenbereich „Vorbeugende Sozialpolitik“ ist es, das in diesem Feld bislang noch eher verstreut vorhandene Handlungs- und Erfahrungswissen systematisch zu bündeln und aufzubereiten, die konkreten Spannungsfelder und Dilemmata zu benennen und zu analysieren, innerhalb derer sich vorbeugende Sozialpolitik bewegt, und die Ergebnisse dieser Arbeit in einen fruchtbaren Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft einzuspeisen. Durch die Förderung innovativer und lösungsorientierter Forschungsprojekte sollen neue Erkenntnisse generiert und wissenschaftsbasierte Impulse zur Weiterentwicklung vorbeugender Politikansätze in Nordrhein-Westfalen gegeben werden.

Mit einer stärker präventiven und investiven Ausrichtung der Sozialpolitik, so das normative Grundverständnis des FGW, sollte weder ein „marktgerechter“ Abbau sozialer Sicherungsniveaus noch eine stärkere Kontrolle und Inpflichtnahme sozialstaatlicher Leistungsempfänger_innen verbunden

sein. Vorbeugende Sozialpolitik zielt im Kern vielmehr auf die sozialstaatlich abgesicherte Förderung menschlicher Entfaltung, die Ermöglichung einer selbstbestimmten Lebenspraxis und die gleichberechtigte Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder in einer sozial integrierten Gesellschaft ab. Die Ergebnisse der durch das FGW im Themenbereich „Vorbeugende Sozialpolitik“ geförderten Forschungsprojekte sollen dazu geeignet sein, zu dieser übergreifenden Zielsetzung einen Beitrag zu leisten.

2. Forschungsförderung des FGW im Themenbereich „Vorbeugende Sozialpolitik“

Zu folgenden Analyseschwerpunkten und Einzelthemen können durch das FGW entsprechend geeignete Forschungsprojekte gefördert werden:

2.1 Normative und konzeptionelle Grundlagen vorbeugender Sozialpolitik

Viele Begriffe und Konzepte, die für den Kontext vorbeugender Sozialpolitik relevant sind, werden im sozialpolitischen Diskurs kontrovers diskutiert; zwischen verschiedenen politischen Akteur_innen, wissenschaftlichen Fachrichtungen und Professionen existieren oftmals unterschiedliche normative und fachlich-konzeptionelle Vorstellungen. Ein erster Schwerpunkt der Forschungsförderung liegt daher auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene; durch begriffliche und konzeptionelle Klärungen, bereichsspezifische Analysen sowie durch vergleichende Perspektiven soll politischen Verengungen und Vereinseitigungen des Diskurses und der Praxis vorbeugender Sozialpolitik entgegengewirkt werden. Folgende Einzelthemen sind in diesem Zusammenhang beispielhaft zu nennen:

- *Leitbegriffe und Leitkonzepte:* Vertiefende theoretische Analysen zu Leitbegriffen und Leitkonzepten vorbeugender Sozialpolitik wie Prävention, Teilhabe- und Verwirklichungschancen, Sozialraumorientierung, *Empowerment*, Lebenslauf-orientierung, Inklusion, Integration, etc.
- *Anwendungsfelder:* Vertiefende konzeptionelle Analysen zu einzelnen Teilbereichen und Handlungsfeldern vorbeugender Sozialpolitik.
- *Vergleichende Perspektiven:* Nationale Vergleiche (Bundesländer) und internationale Vergleiche (ausgewählte EU-Mitgliedsstaaten bzw. Regionen) zu existierenden Konzepten, Strategien, Prozessen und Erfolgen bzw. Misserfolgen präventiv-investiver Sozialpolitik; Verortung des in NRW verfolgten Ansatzes im deutschen bzw. im europäischen/internationalen Kontext.

2.2 Governance vorbeugender Sozialpolitik

Vorbeugende Sozialpolitik findet in erster Linie in den Kommunen statt und wird überwiegend aus kommunalen Haushaltsmitteln finanziert. Die Praxis investiv-präventiver Sozialpolitik ist daher nicht nur mit konzeptionellen Fragen, sondern auch mit einer Vielzahl finanzieller, organisatorischer, planerischer, steuerungstechnischer und professionspolitischer Herausforderungen verbunden. Sowohl die Kommunen als auch die freien Träger und Anbieter sozialer Dienstleistungen sehen sich im Kontext vorbeugender Sozialpolitik und integrierter Ansätze (u.a. im Hinblick auf den Aufbau von kommunalen Präventionsketten) mit veränderten und gestiegenen Erwartungen konfrontiert. Der zweite Schwerpunkt der Forschungsförderung bezieht sich daher auf Fragen der Finanzierung, der Planung, der Steuerung und der Umsetzung vorbeugender Sozialpolitik. Hier sind folgende Einzelthemen beispielhaft zu nennen:

- Wissenschaftliche Analyse und Begleitung kommunaler Organisationsentwicklungs- und Verwaltungsmodernisierungsprozesse im Zusammenhang mit dem Aufbau und der Weiterentwicklung von integrierter strategischer Sozialplanung.
- Konzeptionelle und/oder empirische Analysen zu den Themenbereichen „Wirkungsorientierte Steuerung“ und „Integrierte Sozial- und Finanzplanung“ im Kontext vorbeugender (kommunaler) Sozialpolitik.
- Wissenschaftliche Analyse und Begleitung von Personal- und Organisationsentwicklungsprozessen bei freien und gemeinnützigen Trägern vor dem Hintergrund neuer Anforderungen und professionspolitischer Fragen im Kontext vorbeugender Sozialpolitik.
- Analysen zu Möglichkeiten, Gelingensbedingungen und Grenzen verstärkter Kooperation, Vernetzung und Koordinierung der kommunalen Akteur_innen im Rahmen ressortübergreifender Präventionsstrategien, kommunaler Präventionsketten und integrierter Handlungskonzepte.

2.3 Evaluation und *Monitoring* vorbeugender Sozialpolitik

Die Wirksamkeit und die Kosten-Nutzen-Relation präventiver sozialpolitischer Maßnahmen sind oftmals nicht so eindeutig, wie es Begriffe wie „Wirkungsorientierung“, „Evidenzbasierung“ oder (im NRW- Kontext) „Präventionsrendite“ suggerieren. Obwohl in einzelnen Bereichen durchaus belastbare Ergebnisse zur Wirksamkeit präventiver Programme existieren, ist in anderen Feldern eine tiefergehende Analyse der Ursachen-Wirkungszusammenhänge von sozialer Prävention notwendig. Der dritte Schwerpunkt der Forschungsförderung bezieht sich daher auf die Kontrolle der Effektivität und Effizienz präventiver Sozialpolitik und die Klärung der damit verbundenen Fragen, u.a. auch im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Daten für kleinräumige Analysen und die damit

verbundene Notwendigkeit der Weiterentwicklung der NRW-bezogenen *Monitoring-* und Berichtssysteme. Hier sind folgende Einzelthemen beispielhaft zu nennen:

- Empirische Untersuchungen bzw. fachliche Begleitforschung zur Praxis kleinräumiger sozialraumorientierter (quartiersbezogener) Programme und Maßnahmen in einzelnen Feldern vorbeugender Sozialpolitik.
- Systematisierende Bestandsaufnahme (Meta-Analyse) von abgeschlossenen bzw. laufenden Evaluationen vorbeugender sozialpolitischer Programme in Hinblick auf verwendete Methoden und Datengrundlagen, Evaluationsformate und -zeitpunkte sowie die Einhaltung wissenschaftlicher Qualitätskriterien.
- Systematisierende, vergleichende Bestandsaufnahme (Meta-Analyse) zum internationalen Stand der Wirkungsforschung und Wirkungskettenanalyse im Zielkontext „Gelingendes Aufwachsen“ (Programmziele, Wirkungsannahmen und Wirkungsindikatoren, verwendete Datenquellen etc.).
- Projekte zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Datengrundlagen für kommunales, regionales und/oder bundeslandbezogenes Sozial-, Gesundheits- und Bildungsmonitoring (Datengewinnung und -aufbereitung, Verknüpfung von Datenbeständen, Weiterentwicklung von Indikatoren und Indizes, Perspektiven integrierter Sozialberichterstattung etc.).

2.4 Adressat_innen und Nutzer_innen vorbeugender Sozialpolitik

Für den Erfolg präventiv ausgerichteter Angebote und Programme, die häufig freiwillig in Anspruch genommen werden (oder auch nicht), ist ein fundiertes, empirisch abgesichertes Wissen über die Lebenswelten, die subjektiven Bedürfnisse und Sinnhorizonte ihrer Adressat_innen unverzichtbar. Ohne eine systematische Erfassung und Einbindung der Nutzerperspektive ist keine nachhaltige Qualitätsentwicklung oder gar Wirkungsorientierung präventiver Politik möglich. Der vierte Schwerpunkt der Forschungsförderung liegt daher auf der Perspektive der Adressat_innen und Nutzer_innen vorbeugender Sozialpolitik. Folgende Einzelthemen sind in diesem Zusammenhang beispielhaft zu nennen:

- Vertiefende empirische Untersuchungen zu einzelnen, bislang nicht ausreichend erforschten bzw. erfassten Nutzer- und Adressatengruppen vorbeugender Sozialpolitik (Lebenswelten und Lebenssituationen, Bedarfs- und Bedürfnislagen, Ressourcen und Potenziale etc.).
- Studien zu den Möglichkeiten, Grenzen und Gelingensbedingungen der Beteiligung und des *Empowerments* von Adressat_innen und Nutzer_innen vorbeugender Programme und Maßnahmen.

- Empirische Untersuchungen zu Passungsproblemen und zu Barrieren der Inanspruchnahme präventiver Angebote.
- Untersuchungen zu expliziten oder impliziten Deutungsmustern, Adressatenbildern und Problemkonstruktionen im Bereich präventiver Maßnahmen und Programme.

Ihr Ansprechpartner in der Geschäftsstelle des FGW ist

Dr. Antonio Brettschneider

Wissenschaftlicher Referent
Themenbereich Vorbeugende Sozialpolitik

Tel.: +49 (0)211 99457105
E-Mail: antonio.brettschneider@fgw-nrw.de